

**Allgemeinverfügung des Landratsamtes Forchheim als untere Naturschutzbehörde  
gemäß Art. 23a Satz 2 BayNatSchG  
über Maßnahmen zur Bekämpfung der Kirschfruchtfliege  
in gesetzlich geschützten Biotopen nach Art. 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 BayNatSchG**

Aufgrund des Art. 23a Satz 2 des Gesetzes über den Schutz der Natur, die Pflege der Landschaft und die Erholung in der freien Natur (Bayerisches Naturschutzgesetz – BayNatSchG) vom 23. Februar 2011 (GVBl. S. 82, BayRS 791-1-U), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 24. Juli 2019 (GVBl. S. 408) geändert worden ist, in Verbindung mit Art. 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 BayNatSchG erlässt das Landratsamt Forchheim als untere Naturschutzbehörde folgende

**Allgemeinverfügung**

- I. Abweichend von der Bestimmung des Art. 23a Satz 1 des Gesetzes über den Schutz der Natur, die Pflege der Landschaft und die Erholung in der freien Natur (Bayerisches Naturschutzgesetz – BayNatSchG) ist es bis auf Widerruf gestattet, in gesetzlich geschützten Biotopen gemäß Art. 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 BayNatSchG die zur Bekämpfung der **Kirschfruchtfliege** (*Rhagoletis spec.*) bei Süß- bzw. Sauerkirschen durch das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit zugelassenen Pflanzenschutzmittel einzusetzen.
- II. Die Bienenschutzverordnung vom 22. Juli 1992 (BGBl. I S. 1410) ist in der jeweils gültigen Fassung zu beachten. Die Verpflichtung, pflanzenschutzrechtliche Vorschriften, insbesondere die mit der jeweiligen Zulassung festgelegten Anwendungsgebiete, Anwendungsbestimmungen und Auflagen, einzuhalten, sowie weitergehende Vorschriften bleiben hiervon unberührt.
- III. Die Gestattung gilt unter folgenden Nebenbestimmungen:
  1. Der Widerruf der Gestattung bleibt vorbehalten.
  2. Die Anordnung nachträglicher Auflagen bleibt vorbehalten.
- IV. Die sofortige Vollziehung dieser Allgemeinverfügung wird im besonderen öffentlichen Interesse angeordnet.
- V. Andere erforderliche Genehmigungen werden durch diese Allgemeinverfügung nicht ersetzt.
- VI. Diese Allgemeinverfügung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

**Gründe**

Das Landratsamt Forchheim als untere Naturschutzbehörde ist gemäß Art. 44 Abs. 2 S. 1 BayNatSchG, Art. 3 Abs. 1 Nr. 1 Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz für den Erlass der Allgemeinverfügung sachlich und örtlich zuständig.

Mit extensiv genutzten Obstbaumwiesen aus hochstämmigen Obstbäumen (Streuobstbestände) wurden durch das Gesetz zur Änderung des Bayerischen Naturschutzgesetzes zugunsten der Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern Flächen in den Katalog der landesrechtlich gesetzlich geschützten Biotope in Art. 23 Abs. 1 BayNatSchG aufgenommen, die nicht dauerhaft sich selbst überlassen werden können, sondern regelmäßiger Maßnahmen zur Unterhaltung bedürfen. Ordnungsgemäße Unterhaltungsmaßnahmen fallen gemäß Art. 23 Abs. 2 Satz 2 BayNatSchG nicht unter die Verbote des § 30 Abs. 2 Bundesnaturschutzgesetz.

Auch die Bekämpfung von Schaderregern, wie z. B. der Kirschfruchtfliege, durch den begrenzten Einsatz von Pflanzenschutzmitteln stellt eine regelmäßig erforderliche Unterhaltungsmaßnahme dar (vgl. Landtags-Drs. 18/1816, S. 16). Eine allgemeine Zulassung im Wege der Allgemeinverfügung kann vorgesehen werden (vgl. Landtags-Drs. 18/1816, S. 16).

Die Kirschfruchtfliege befällt vorzugsweise Süßkirschen, in Sauerkirschen kann sie sich weniger gut entwickeln. Zudem tritt sie an wilden Verwandten wie der Vogelkirsche, Weichselkirsche, Traubenkirsche und Heckenkirsche auf. Die Europäische Kirschfruchtfliege ist der Hauptschädling im Kirschenanbau, ohne Regulierungsmaßnahmen kann sie bis zu 100 Prozent der Früchte befallen. Sollen die Kirschen dem Frischmarkt zugeführt werden, dürfen maximal 1 % vermadete Früchte im Erntegut vorhanden sein. Da nur dieser minimale Befall im Handel toleriert wird und die befallenen Früchte nicht aussortiert werden können, kann es leicht zu Ablehnungen ganzer Chargen kommen. Dann steht die Existenz ganzer Betriebe auf dem Spiel. Ohne diese notwendige Pflanzenschutzmaßnahme zur Bekämpfung der Kirschfruchtfliege kann der Anbau von Kirschen aus Streuobstbeständen in der Fränkischen Schweiz nicht mehr erfolgreich durchgeführt werden.

Alternativen zum Einsatz von Pflanzenschutzmitteln bestehen nicht. Eine Bekämpfung der Kirschfruchtfliege durch andere Maßnahmen ist im Streuobstanbau derzeit nicht praktikabel und damit nicht geeignet.

Aus diesem Grund stellt die Bekämpfung der Kirschfruchtfliege mit Pflanzenschutzmitteln eine ordnungsgemäße Unterhaltungsmaßnahme im Sinne des Art. 30 Abs. 2 S. 2 Nr. 2 BayNatSchG dar.

Gemäß Art. 23a Satz 2 BayNatSchG kann auch in gesetzlich geschützten Biotopen die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln gemäß Art. 23a Satz 1 BayNatSchG zugelassen werden, soweit eine Gefährdung des Schutzzwecks der gesetzlich geschützten Biotope nicht zu befürchten ist.

Eine Gefährdung des Schutzzwecks des Biotops Streuobstwiese als Lebensraum für die Artenvielfalt ist bei ordnungsgemäßigem Einsatz der o. g. Pflanzenschutzmittel und Beachtung der im Rahmen der Pflanzenschutzmittelzulassung festgelegten Vorgaben nicht zu befürchten. Im Gegenteil trägt der Einsatz der Pflanzenschutzmittel dazu bei, dass die Obstbauern auch langfristig ihre Streuobstbestände weiter bewirtschaften können und damit zum Erhalt der gesetzlich geschützten Biotope beitragen. Nach pflichtgemäßem Ermessen wird daher der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in gesetzlich geschützten Biotopen zugelassen.

Das öffentliche Interesse am Erhalt der unter gesetzlichem Biotopschutz stehenden Streuobstbestände wurde durch die Unterstützung des Volksbegehrens „Artenvielfalt & Naturschönheit - Rettet die Bienen“ durch 18,3 % der stimmberechtigten Bürger Bayerns deutlich. Die Voraussetzungen für die Anordnung der sofortigen Vollziehung liegen damit vor.

#### **Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Klage erhoben werden bei dem

Bayerischen Verwaltungsgericht Bayreuth in 95444 Bayreuth

Postfachanschrift: Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth,

Hausanschrift: Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth,

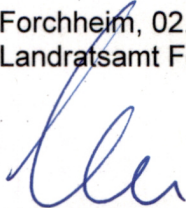
schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form.

#### **Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung**

Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per einfacher E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen. Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit ([www.vgh.bayern.de](http://www.vgh.bayern.de)).

Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

Forchheim, 02. April 2020  
Landratsamt Forchheim



Dr. Hermann Ulm  
Landrat